



antisemitismus
meldestelle

Antisemitische Vorfälle in Österreich 2024

ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE WIEN



Coverfoto:

Eine zur Solidaritätsbekundung für die Geiseln nach dem 7. Oktober 2023 am Wiener Stadttempel angebrachte Israelfahne mit schwarzem Trauerflor wird in den frühen Morgenstunden des 18. Dezember 2024 von zwei Schwedinnen (18 und 28 Jahre alt) heruntergerissen, die Fahnenstange gebrochen und der Versuch unternommen, die Fahne anzuzünden. Das Coverfoto zeigt die von der Polizei sichergestellte Fahne mit Brandlöchern. ([siehe S. 15](#))

Impressum

Herausgeber: Israelitische Kultusgemeinde Wien
1010 Wien, Seitenstettengasse 4

Tel. +43/1/531 04-0

E-Mail: office@ikg-wien.at


Wien, 1. Auflage 2025

Der Bericht kann auf [antisemitismus-meldestelle.at](https://www.antisemitismus-meldestelle.at) heruntergeladen werden.

Redaktion: Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien

Layout & Lektorat: IKG Wien

Mit freundlicher Unterstützung von:

 Bundeskanzleramt

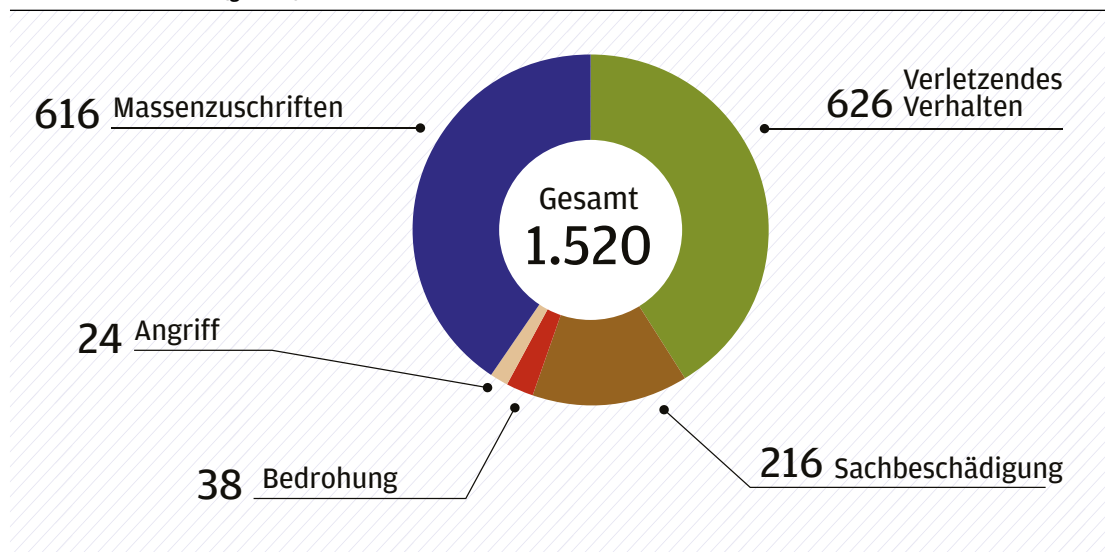
1. Zusammenfassung

Im Kalenderjahr 2024 hat die Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) insgesamt **1.520 antisemitische Vorfälle** registriert. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr (1.147 Vorfälle) einem **Anstieg um 32,5%**, womit nach dem Jahr 2023 ein weiterer Negativrekord verzeichnet werden musste. Geprägt war 2024 auch weiterhin vom genozidalen Großangriff palästinensischer Terrororganisationen auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem dadurch ausgelösten Krieg, welcher bis über das Ende des Berichtszeitraums hinaus andauert.

Erreichte die Zahl antisemitischer Vorfälle im Dezember 2023 mit 294 Vorfällen ihren bisherigen Höhepunkt, ging sie im Jänner 2024 mit 218 Vorfällen auf den dritthöchsten Wert seit Beginn der Aufzeichnungen zurück. Im Jahresdurchschnitt waren 4,15 Vorfälle pro Tag zu verzeichnen, was zwar einen Anstieg gegenüber 2023 darstellt (3,14 Vorfälle pro Tag), jedoch eine Halbierung gegenüber dem Zeitraum ab dem 7. Oktober 2023 bis zum Ende desselben Jahres (8,13 Vorfälle pro Tag).

Dieser Bericht stellt keine vollständige Übersicht des Antisemitismus in Österreich dar. Es ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, die aufgrund der besonderen Umstände und Herausforderungen nach dem 7. Oktober 2023 vermutlich noch größer ist als in den Jahren zuvor. Erfasst werden ausschließlich antisemitische Vorfälle, die gemeldet wurden und bei denen eine Prüfung durch die Expertinnen und Experten der Antisemitismus-Meldestelle gemäß der [IHRA-Definition](#) (siehe Kapitel Methodik, S. 22) eine eindeutige Verifizierung als antisemitisch ergeben hat.

Antisemitische Vorfälle (gesamt)



Von den 1.520 Vorfällen waren:

24 physische Angriffe (2023: 18)

38 Bedrohungen (2023: 18)

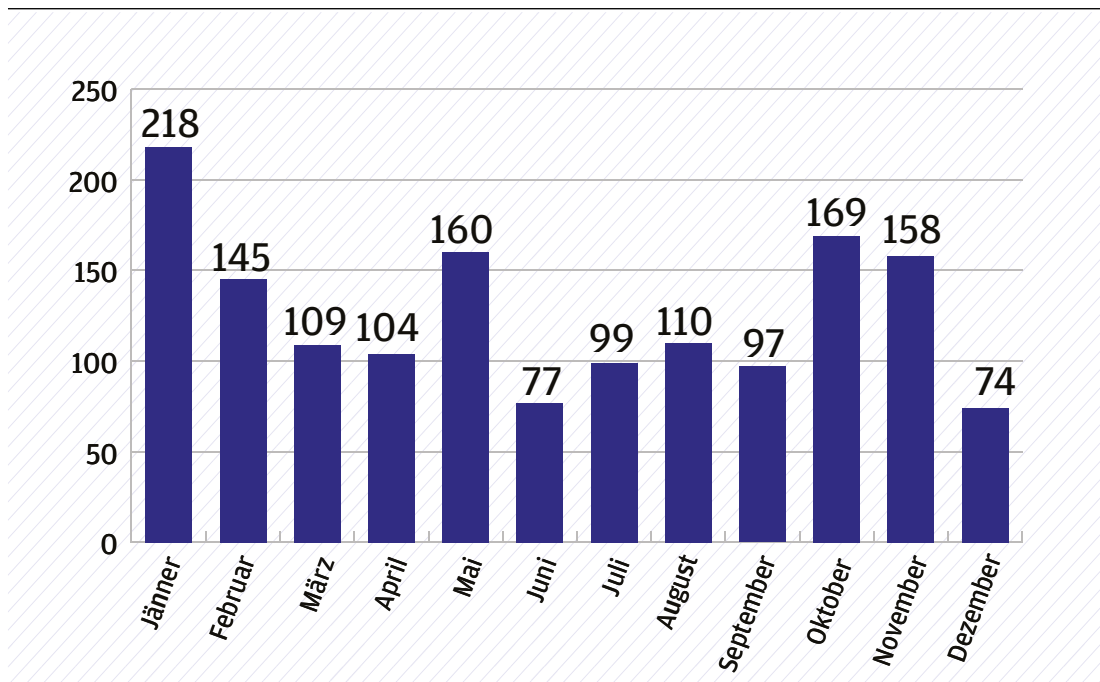
216 Fälle von Sachbeschädigung (2023: 149)

616 Fälle von Massenzuschriften (2023: 536)

626 Fälle von verletzendem Verhalten (2023: 426)

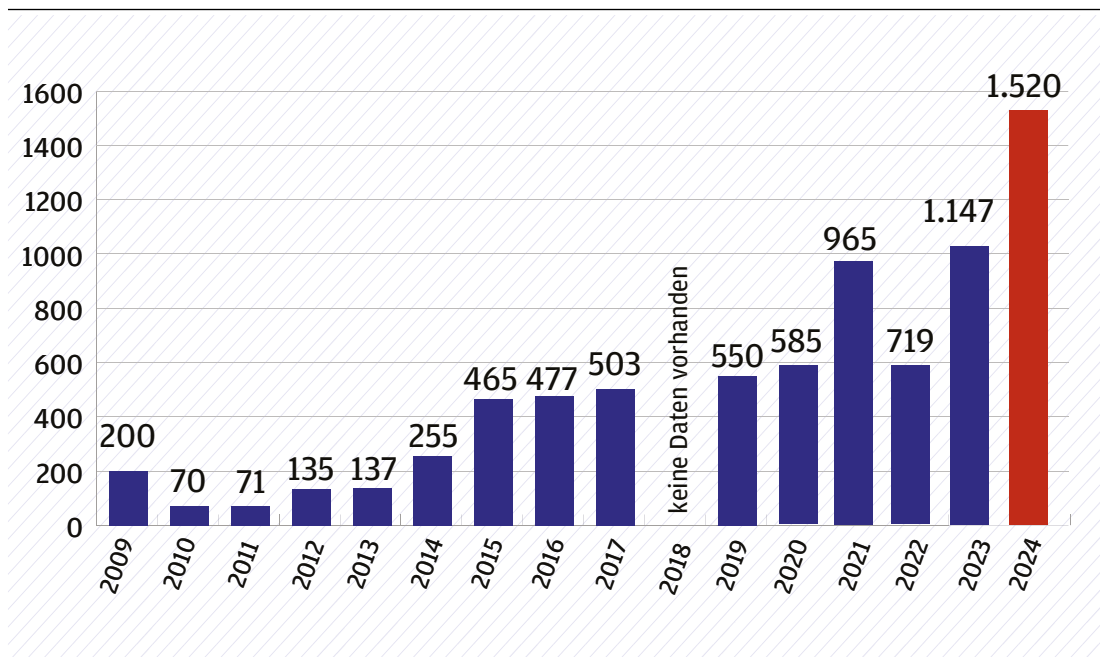
Nach einer Spitze bei antisemitischen Vorfällen im Dezember 2023 ging die Anzahl der Vorfälle merkbar zurück. Bestimmte Ereignisse (zum Beispiel Rafah-Offensive im Mai bzw. Nationalratswahlen und deren Folgen im Herbst, [siehe Grafik S. 21](#)) führten zu Ausschlägen auf weiterhin hohem Niveau ([siehe auch S. 20, ideologischer Hintergrund](#)).

2024: Gesamt 1.520 Fälle



Die Schere zwischen Fällen von „Persönlicher Wahrnehmung“ (+29% auf 465 Vorfälle) und „Social Media“ (+44% auf 740 Vorfälle) wurde 2024 noch größer. Die Verlagerung auf Soziale Netzwerke macht sich auch bei den als „Online“ kategorisierten Vorfällen („Online“ sind alle Vorfälle, die zwar online, aber nicht in Sozialen Netzwerken und/oder per E-Mail stattfanden) bemerkbar, deren Anzahl leicht sank (von 77 auf 74). Antisemitische E-Mails wurden um fast ein Viertel mehr registriert als 2023 (220 nach 178 im Jahr 2023), während die Zahl antisemitischer Briefe – besonders rund um die Nationalratswahl – wieder anzog (von 7 auf 18).

Verlauf der Meldefälle seit 2009



Verlauf der Zahl der Meldungen (*kein Bericht für das Jahr 2018)

2. Kommentar

2.1. Ein weiteres Jahr im Zeichen des 7. Oktober 2023

Die genozidale Gewalt des „7. Oktober“ wirkt auch 2024 weiter. Der Großangriff palästinensischer Terrororganisationen auf Israel, 251 nach Gaza verschleppte Geiseln, der gleichzeitig eröffnete Mehrfrontenkrieg gegen Israel mit Angriffen aus dem Jemen, dem Irak, dem Iran, Syrien und dem Libanon führten zu absehbaren militärischen Reaktionen Israels, vor allem im Gazastreifen. Dies war offenkundig Teil des [Kalküls von Hamas](#), Hisbollah und anderer Terrororganisationen: Die [Strategie der menschlichen Schutzschilder](#) bzw. [Opfer](#) sollte nicht nur Israel international unter Druck bringen, sondern auch eine zusätzliche Front eröffnen – jene gegen Jüdinnen und Juden weltweit. Beides war von Erfolg gekrönt.

So wurden beispielsweise allein durch ESRA, dem psychosozialen Zentrum der IKG, mehr als 500 Personen im Kontext der Folgen des 7. Oktober zusätzlich betreut bzw. behandelt. Nichtsdestotrotz hat sich nach den rapiden, umbruchartigen Ereignissen der ersten Wochen und Monate nach dem 7. Oktober eine Art Gewöhnungseffekt eingestellt. Die im letzten Jahresbericht hervorgehobene, schockhafte Welle antisemitischer Vorfälle gegen jüdische Schülerinnen und Schüler zum Beispiel ebte Anfang 2024 ab – jedoch liegt das auch daran, dass zahlreiche betroffene Kinder und Jugendliche die Schule wechseln mussten. Antisemitismus an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ist seither nicht verschwunden, er richtet sich jedoch seltener unmittelbar gegen Jüdinnen und Juden.

Auch lange nach dem 7. Oktober sind das belastende Gefühl, die durchgehende Angst im Alltag – ob an der Uni, am Arbeitsplatz, im Wohnbereich oder generell im öffentlichen Raum – bis heute präsent. Dies führt bei Jüdinnen und Juden zu bewusstem und unbewusstem Präventivverhalten in vielen Lebensbereichen:

„Trage ich Kleidung oder Symbole, die mich jüdisch erscheinen lassen könnten?“,

„Welche Sprache verwende ich bei Gesprächen in der Öffentlichkeit?“,

„Welche Themen spreche ich im sozialen Umfeld an?“,

„Begebe ich mich an bestimmte Orte?“.

Für Jüdinnen und Juden war die Auseinandersetzung mit diesen und ähnlichen Fragen schon vor dem 7. Oktober ein steter Begleiter; seither etablierte sich dieses innere Aushandeln von Für und Wider in zahlreichen Lebenssituationen als omnipräsenter und bedrückender Bestandteil im Alltag, dessen psychologische Auswirkungen gravierend sind. Europaweit geben Jüdinnen und Juden an, ihren Alltag eingeschränkt zu haben. Einige der beispielgebenden [Ergebnisse einer Befragung](#) des „Jewish Joint Distribution Committee“ im März und April 2024 sind:

- 78 % der Befragten fühlen sich als Juden in ihren Städten weniger sicher als vor dem Hamas-Angriff.
- 38 % aller Befragten und fast die Hälfte (46 %) der Befragten unter 40 Jahren geben an, dass sie sich von nicht-jüdischen Freunden entfremdet haben.

- 32 % gaben an, sie seien „weniger geneigt, eine Halskette oder ein T-Shirt mit jüdischen Symbolen zu tragen.“
- 25 % gaben an, sie seien „weniger geneigt, eine Kippa zu tragen.“

Eine spätestens seit 2022 empirisch nachweisbare Entwicklung ist die größer werdende Zahl an Angriffen gegen Kinder und Jugendliche sowie das junge Alter von Tätern. Besorgniserregende Erkenntnisse über zunehmende antisemitische Haltungen unter 16- bis 25-Jährigen liefert die jüngst veröffentlichte [Antisemitismus-Studie des Parlaments](#)¹. Neben Jugendlichen aus allen Bevölkerungsgruppen stimmten generell arabisch- und türkischsprachige Personen in Österreich eindeutig antisemitischen Aussagen überproportional zu.

2. 2. Normalisierung und Verschiebung

Der oben angesprochene Gewöhnungseffekt spiegelt sich auch im gesellschaftlichen Diskurs wider: Mit Fortdauer des Konflikts verschoben sich die Grenzen des Sagbaren mehr und mehr, während bestimmte Narrative und Diskursformen an gesellschaftlicher Akzeptanz zulegen konnten. Vor allem wenn es um den Staat Israel geht, ist diese – auch international aktiv betriebene – Grenzverschiebung allgegenwärtig.

Wie schon im Bericht für das Jahr 2023 soll hier abermals explizit darauf hingewiesen werden, dass Kritik am Staat Israel oder gar Beschimpfungen Israels – auch wenn zutiefst gehässig oder lügenhaft – keineswegs per se als antisemitisch gewertet werden können. Die von der Antisemitismus-Meldestelle verwendete, allgemein anerkannte [Arbeitsdefinition Antisemitismus](#) (siehe Kapitel 5. 1. Arbeitsdefinition Antisemitismus S. 22) spricht hier ebenfalls eine deutliche Sprache.

„Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“ Auszug IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus

Das hindert zahlreiche nationale und internationale Akteure nicht daran, diese Definition bzw. die Kritik an israelbezogenem Antisemitismus bewusst falsch darzustellen, indem etwa behauptet wird, jede Kritik an Israel bzw. Aspekten israelischer Politik (wie etwa die Kriegsführung) würde automatisch als antisemitisch „diffamiert“ werden. Diese aktive Grenzverschiebung hat teils kampagnenmäßigen Charakter und wird leider auch von Vertreterinnen und Vertretern internationaler Organisationen aus dem Menschenrechtsbereich forciert.

Ergänzend zur in jedem Bericht präsentierten Erklärung der Definition wollen wir auch auf das „Handbuch zur praktischen Anwendung der [IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus](#)“² aus dem Jahr 2021 verweisen. Das von der Europäischen Kommission in Auftrag ge-

1 www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Antisemitismus-2024

2 https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Pressemitteilung_Handbook_IHRA_Working_Definition.pdf

gebene und gemeinsam mit der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) mit Unterstützung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft herausgegebene Handbuch wurde von unseren Partnern vom [deutschen Bundesverband RIAS](#) (Kapitel 3., S. 12) erstellt.

2. 3. Verherrlichung von Terrorismus

Ebenfalls in den Kontext dieser Grenzverschiebungen passt die bereits im letzten Bericht festgehaltene, teils offene Verherrlichung von Terrorismus, sowohl in Form von Codes als auch offen. Die roten „[Hamasdreiecke](#)“³ zum Beispiel erfreuen sich in der Szene höchster Beliebtheit. Man findet sie nicht nur auf Social Media, sondern auch als Beschmierungen oder Transparenten im öffentlichen Raum. Während das Symbol in Deutschland seit November als Kennzeichen einer [terroristischen Organisation](#)⁴ (in diesem Fall der Hamas) unter Strafe steht ist es in Österreich on- wie offline stark verbreitet.

Die Tötung vernichtungsantisemitischer Terrorführer wie Ismail Haniyeh, Yahya Sinwar (beide Hamas) oder Hassan Nasrallah (Hisbollah) im Rahmen von Kriegshandlungen wurde in weiten Teilen der Anti-Israel-Szene offen betrauert. Auch sonst wurde verstärkt der als „Widerstand“ verherrlichte Terrorismus in Gaza, im Libanon, im Jemen, im Iran und im Irak zustimmend kommentiert, begrüßt und gar bejubelt.

Oft wurden der Meldestelle Inhalte gemeldet, welche zwar nicht als antisemitische Vorfälle, jedoch als terrorverherrlichend einzustufen waren. Rechtliche Konsequenzen waren hier selten zu erkennen. Manche Akteurinnen und Akteure, welche sich zuvor auf Demonstrationen und Social Media in dieser Hinsicht sehr aktiv gaben, verschwanden plötzlich von der Bildfläche; man kann durchaus vermuten, dass hier Schritte der Exekutive und der Justiz die Ursache sein könnten. Doch auch weiterhin sind Gutheißen und Verherrlichung terroristischer Organisationen bzw. deren Taten gang und gäbe – obgleich dies grundsätzlich strafbare Tatbestände sind, genauso wie Verharmlosungen der Schoa.

2. 4. Die Schoa und deren Missbrauch

Gerade in Zeiten des beispiellosen Anstiegs von Antisemitismus wird somit das Auftreten gegen ebendiesen unter verschiedenen Deckmänteln verstärkt bekämpft. Ein wichtiges Werkzeug in diesem Kampf ist der Missbrauch der Schoa, welcher auf unterschiedlichste Art und Weise stattfinden kann. Zum Thema „Schoa Distortion“ fand Anfang 2025 im Rahmen des ENMA-Netzwerks mit mehreren europäischen Partnern auch eine von der [IKG organisierte Tagung](#)⁵ statt.

Dieses Phänomen wird in der Statistik mithilfe der Erscheinungsform „[Schoaverharmlosung/-relativierung](#)“ (siehe Kapitel 6.3, S. 26) eingefangen. Nachdem die Anzahl der entsprechend kategorisierten antisemitischen Vorfälle nach Ende der Pandemie auf ein verschwindend geringes Niveau sank, erfreute sich diese perfide Variante des Antisemitismus nach dem 7. Oktober wieder extremer Beliebtheit; diesmal jedoch nicht von „Rechts“, sondern vor allem bei Akteuren aus dem linken Lager und der muslimischen Community; während erstere eher davor zurückschrecken, grobschlächtige Schoa-Vergleiche zu tätigen, mussten wir bei letzteren eine große Anzahl bössartiger und zutiefst verletzender Missbrauchsformen der Schoa beobachten.

3 https://democ.de/zsg_blogindex/das-rote-dreieck-hamas-pal%C3%A4stina-israel/

4 www.juedische-allgemeine.de/politik/hamas-verbot-erweitert-um-rotes-dreieck-und-terroristen-bilder/

5 www.ikg-wien.at/nachrichten/veranstaltung-distorting-the-shoah-contemporary-challenges-and-european-responses

Während des Krieges zwischen Israel und terroristischen Gruppierungen in der Region haben wir in Texten, Reden und auf Social Media folgende Formen der Schoa-Verfälschung/-Verharmlosung beobachten können:

- Gleichsetzung Israels mit dem NS-Regime
- Bezeichnung israelischer Militäroperationen als „Holocaust“
- Gleichsetzung des Gazastreifens mit Konzentrationslagern oder dem Warschauer Ghetto
- Gleichsetzung israelischer (aber auch westlicher) Politiker mit NS-Führern
- Gleichsetzung von Palästinensern mit KZ-Insassen
- Gleichsetzung oder Ersetzung des Davidsterns durch das Hakenkreuz

Wie zu erkennen ist enthält Schoa-Relativierung im Kontext des arabisch-israelischen Konflikts oft einen weiteren, grausamen Mechanismus: Schoa-Inversion versucht nicht nur, die Schoa zu verfälschen, sondern kehrt die Rollen von Opfern und Tätern um.

Eine zusätzliche Dimension dieser ohnehin schwer erträglichen Verdrehung ist: Jüdinnen und Juden sowie der einzige jüdische Staat werden als die neuen Nazis dargestellt, welche einen neuen Holocaust begehen würden – obwohl der bekämpfte Feind (palästinensische Terrororganisationen) seine selbsterklärte Daseinsberechtigung aus der Vernichtung Israels und jüdischen Lebens weltweit bezieht und dieses Ziel bei jeder sich bietenden Gelegenheit umzusetzen versucht, wie man unter anderem am 7. Oktober erkennen konnte.

Legitimierung erhalten diese Vergleiche dank internationaler Organisationen, welche Israel in unterschiedlicher Form Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung vorwerfen bzw. einen solchen in den Raum stellen. Grundsätzlich erfolgt dies nicht unter Bezugnahme auf die Schoa, außer in seltenen Fällen wie bei der „UN-Sonderberichterstatte für die besetzten Gebiete Palästinas“ [Francesca Albanese](#), welche mehrfach derartige implizite wie explizite Vergleiche tätigte. Wegen ihrer antisemitischen Agitation, insbesondere nach dem 7. Oktober 2023, distanzierten sich mehrere westliche Staaten von ihr. Befremdlich wirkte insofern der Umstand, dass Albanese Ende 2024 an der [Universität Wien](#) einen Auftritt abhielt.

Schoa-Relativierung ist jedoch keineswegs auf die Szene des Anti-Israel-Aktivismus beschränkt. Laut dem November 2024 präsentierten [Rechtsextremismusbarometer](#) des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) stimmen 42 % der Österreicherinnen und Österreicher der Aussage „Israels Politik in Palästina ist wie die der Nazis im Zweiten Weltkrieg“ zu. Bei Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen erhöht sich dieser Prozentsatz auf 60 %. Die [Studie](#) hält fest, dass diese Aussage „von Gerichten immerhin als Straftatbestand nach dem Verbotsgesetz ausgelegt werden könnte.“⁶

2. 5. Nationalratswahlen und deren Folgen

Damit zusammenhängend soll auch erwähnt werden, dass ein beträchtlicher Teil des Anstiegs an Vorfällen im Oktober und besonders November auf „Rechts“ zurückzuführen war. Bei zahlreichen weiteren Fällen lag aufgrund des Inhalts der jeweiligen Aussagen die Vermutung nahe, es könne sich um eine Person mit rechtem ideologischem Hintergrund handeln, die Eindeutigkeit konnte jedoch nicht ausreichend bestimmt werden, weshalb sie – wie auch sonst im Zweifelsfall – als „unbekannt“ kategorisiert wurden. Insbesondere die Episode rund um den von jüdischen Studierenden [verhinderten Besuch](#) des frisch gewählten

6 www.doew.at/cms/download/c1g6t/DOEW_rex-barometer-2024.pdf

FPÖ-Nationalratspräsidenten Walter Rosenkranz beim Schoa-Mahnmal am Wiener Judenplatz anlässlich des Gedenktags an die Novemberpogrome führte zu vehementen Reaktionen gegenüber der jüdischen Gemeinde. Hier war [antisemitisches Othering](#) (siehe Kapitel 6.1 Antisemitisches Othering, S. 25) im Verbund mit Schoa-Relativierungen regelrecht an der Tagesordnung, oft kombiniert mit israelbezogenem Antisemitismus.

Auch die jüngst veröffentlichte [Statistik zu rechtsextremen Tathandlungen](#) für das Jahr 2024 zeichnet kein positives Bild. Deren Zahl stieg von 1.208 im Jahr 2023 auf einen Rekordwert von 1.486 an. Davon waren 1.296 explizit rechtsextrem motiviert, 97 als rassistisch eingestuft, 59 als antisemitisch und neun als islamfeindlich.

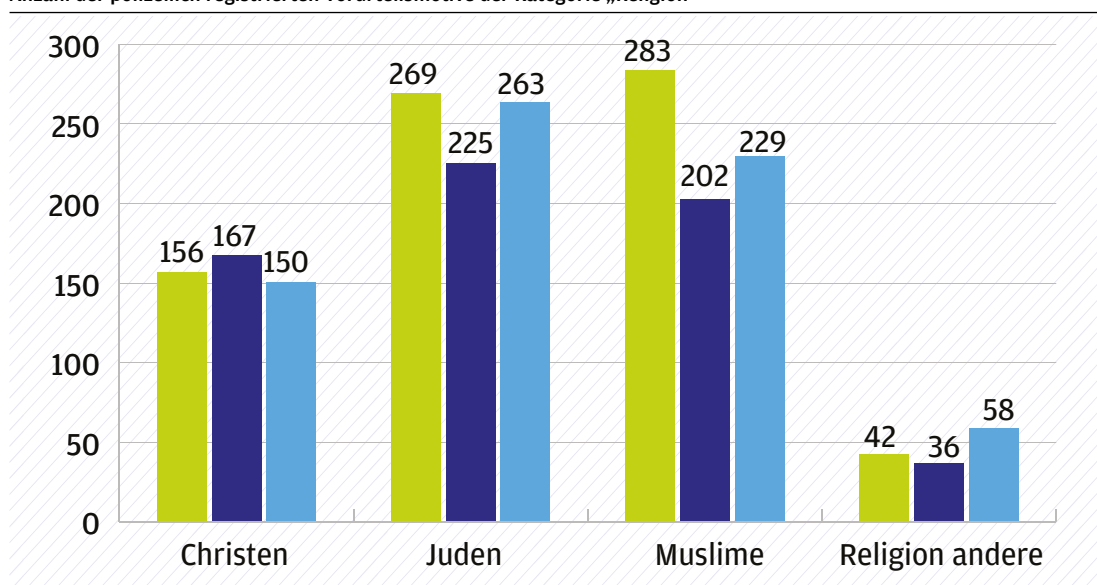
Jahr	Gesamt	Rechtsextrem	Rassistisch	Antisemitisch	Islamfeindlich	Sonstige
2021	1053	816	66	52	9	110
2022	928	791	51	33	3	50
2023	1208	1080	66	43	7	12
2024	1486	1296	97	59	9	25

Quelle: Parlamentarische Anfragebeantwortungen (BMI)

Die Zahl der Anzeigen nach dem Verbotsgesetz ist 2024 erheblich gestiegen und erhöhte sich von 1.203 auf 1.450. Daten zu Anklagen und Verurteilungen werden leider seit mehreren Jahren nicht mehr publiziert. Ab und an erhält man z. B. via [„Stoppt die Rechten“](#) einen Einblick in die Thematik.

Dem Juli 2024 publizierten „Lagebericht Hate Crime“ für das Jahr 2023 zufolge war bei den polizeilich erfassten Vorurteilsmotiven Antisemitismus das zweite Jahr in Folge an erster Stelle.

Anzahl der polizeilich registrierten Vorurteilsmotive der Kategorie „Religion“



Quelle: Lagebericht Hate Crime (2021-2023)

2021 2022 2023

2. 6. Anti-Israel-Aktivismus und sein beständiger Charakter

Der organisierte Anti-Israel-Aktivismus in Österreich in Form von Demonstrationen, Störaktionen, Social Media-Aktivitäten und zuweilen auch aktionistischem Vandalismus bleibt weiterhin in einem überschaubaren wenngleich lautstarken Rahmen. Was vorgeblich als Bekundung der Solidarität mit Palästinensern deklariert wird stellt sich inhaltlich jedoch zum überwiegenden Teil als Anti-Israel-Propaganda heraus. Dabei geht es keineswegs um bloße Kritik an oder gar Beschimpfungen Israels, die – selbst wenn sie noch so gehässig oder arglistig sind – nicht automatisch als antisemitisch gelten. Vielmehr geht es z. B. um Holocaust-relativierende Vergleiche, die Gleichsetzung Israels mit dem NS-Regime, abstruse Verschwörungstheorien, traditionellen Antijudaismus, andere Formen der Dämonisierung des jüdischen Staates sowie diverse direkte oder indirekte Aufrufe zu Gewalt und Terror.

Nach wie vor wird dieser Aktivismus maßgeblich von Akteuren aus dem antiimperialistischen Lager getragen, das sich größtenteils aus Personen des linksextremen Milieus zusammensetzt. Eine „[postkoloniale](#)“ Linke solidarisiert sich hier vorgeblich mit Palästinensern (bzw. generell mit dem „Globalen Süden“ gegen den „Westen“) und betrachtet dabei Israel als koloniales – und somit illegitimes – „weißes“ Unterdrückungsprojekt. Folglich werden in derartigen Kreisen Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah als „[Teil der globalen Linken](#)“ interpretiert. Durch dieses ideologische Unterfutter übernehmen Teile der [feministischen, queeren und anderer sich selbst als progressiv betrachtenden Linken](#) antisemitische Narrative gegenüber Israel.

Diese Gruppen bilden das Rückgrat der Szene und agieren unter dem Dachverband der so genannten „Palästina Solidarität Österreich“, die sich ideologisch und personell mit zahlreichen anderen Organisationen überschneidet. Dazu zählen unter anderem die [antisemitische BDS-Bewegung](#)⁷, Kleingruppen wie „Dar al Janub“, die offen und anhaltend Terror verherrlichen, sowie Gruppierungen, die sich vorgeblich für „Neutralität“ und „Frieden“ einsetzen, tatsächlich jedoch offen pro-russische und antiwestliche Positionen vertreten.

Auch Einzelpersonen aus dem Lager der aktivistischen Covid-Maßnahmengegner sowie antizionistische Gruppen, die ihr – tatsächliches oder vermeintliches – Judentum strategisch als mutmaßlich immunisierendes Schutzschild gegen Antisemitismusvorwürfe nutzen, sind Teil dieser Szene. Ebenso gibt es vereinzelte kommunistische Splittergruppen und Studierendenverbände sowie Personen aus der muslimischen Community, wobei die Beteiligung von Muslimen weiterhin verhältnismäßig gering ist – sowohl gemessen an der Größe der islamischen Gemeinde in Österreich als auch im Vergleich zu anderen Ländern. Dieser Umstand führte des Öfteren auch zu expliziter Kritik von muslimischen Demonstrierenden.

An österreichischen Universitäten zeigt sich der aggressive Anti-Israel-Aktivismus weniger stark ausgeprägt als beispielsweise in Deutschland oder dem angelsächsischen Raum. An einzelnen akademischen Einrichtungen kommt es vereinzelt zu Störaktionen. Im Mai wurde am Campus des Alten AKH in Wien ein mehrtägiges „[Student Intifada Camp](#)“ errichtet. Hier wäre anzumerken, dass viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Proteste augenscheinlich keine Studierenden waren.

Neue Wege beschritt der Anti-Israel-Aktivismus auf parteipolitischer Ebene: Einige der zuvor genannten Aktivistinnen und Aktivisten gründeten anlässlich der österreichischen Nationalratswahl eine Partei namens „Liste Gaza – Stimmen gegen den Völkermord“ welche abseits ihrer nie verhehlten propagandistischen Ausrichtung (radikaler Antizionismus, Israeldämonisierung, aber auch einige antiimperialistische Positionen wie als „Neutralität“ ge-

⁷ https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2020/pk0167#XXVII_A_00141

tarnte Verharmlosungen von Aggressoren wie Russland oder der Hamas) keinerlei sonstige gesellschaftspolitischen Ziele verfolgte.

Die sonstigen Inhalte des antiisraelischen Aktivismus haben sich nicht gravierend verändert. Reden und Online-Propaganda werden zwar aktualitätsbezogen angepasst, jedoch arbeiten sie mit den gleichen Mechanismen wie bisher. Einige Beispiele finden sich im Abschnitt „[Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele](#)“. Hierbei konnte jedoch festgestellt werden, dass die „Message“ in vielen Fällen angepasst wurde, wohl auch als Reaktion auf das Vorgehen von Justiz und Exekutive, besonders wenn es um die Tatbestände der Verhetzung oder Gutheißung bzw. Verherrlichung von Terrorismus geht.

Dies bedeutet keineswegs, dass diese Verherrlichung nicht auch weiterhin stattfindet. Immer noch hört und sieht man regelmäßig Lobpreisungen des „Widerstands“, eine geläufige Chiffre für Terrororganisationen wie Hamas, Palästinensischer Islamischer Jihad, Hisbollah im Libanon oder die Huthis im Jemen.

Ähnliches gilt für die Verharmlosungen der Schoa, welche die Strafbarkeitsschwelle gemäß NS-Verbotsgesetz überschreiten. Auch hier wurden die teils kruden Formen des Missbrauchs durch implizite, weniger offensichtliche Formen der Schoa-Relativierung ersetzt und ergänzt, welche aufgrund des nicht eindeutigen Charakters auch nicht als antisemitische Vorfälle erfasst werden.

3. Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele

Ein wesentlicher Bestandteil der Erfassung, Analyse und Verbreitung antisemitismusbezogener Daten ist die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle. Seit zwei Jahrzehnten machen unterschiedliche EU-Institutionen die hierbei fehlende Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene als wesentliches Problem im Kampf gegen Antisemitismus aus und streben folgerichtig eine Homogenisierung an.

Zu diesem Zweck wurden auf EU-Ebene [Richtlinien zur Kategorisierung antisemitischer Vorfälle](#)⁸ veröffentlicht, welche ihrerseits maßgeblich vom diesbezüglich besonders erfahrenen britischen Community Security Trust (CST) geprägt waren.

Über die letzten Jahre wurde dieser kategorische Rahmen europaweit von mehreren Antisemitismus dokumentierenden Organisationen weitgehend übernommen. Die Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien kooperiert hierbei mit RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Deutschland) und setzt diese Methodik seit mittlerweile sechs Jahren in ihrer Arbeit ein. Das [European Network on Monitoring Antisemitism \(ENMA\)](#)⁹ führt diese Bestrebungen hinsichtlich international vergleichbarer Daten fort und stellt somit einen weiteren Schritt im internationalen Kampf gegen Antisemitismus dar.

Im folgenden Abschnitt sollen die Kategorien erläutert und anhand einiger Beispiele aus dem vergangenen Jahr nähergebracht werden. Auf weitere Details zur Methodik der Arbeit der Antisemitismus-Meldestelle sowie den internationalen Kontext wird in den Abschnitten [Methodik und Blick ins Ausland](#) (ab Seite 22) eingegangen.

8 https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/184-AS-Main-report.pdf

9 <https://enma.eu/>

3. 1. Angriff

Unter diese Kategorie fällt jegliche Form des physischen Angriffs auf Menschen und Gebäude, mit oder ohne Waffen. Auch der erfolglose Versuch eines Angriffs (sei es, weil das Opfer sich zur Wehr setzte oder flüchten konnte) wird unter dieser Kategorie erfasst. Dasselbe gilt für das Werfen von Gegenständen in Richtung von Personen, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen. (Die EUMC-Richtlinie, CST und RIAS kennen als Steigerungsform noch die Kategorie „Extreme Gewalt“. Wir betrachten die Differenzierung zwischen Letzterer und „Angriffen“ in Österreich als nicht zweckmäßig, siehe hierzu auch Abschnitt [„Blick ins Ausland, S. 28“](#)).

24. September, 1020 Wien: Drei Jugendliche im schulpflichtigen Alter, welche durch ihre Bekleidung eindeutig als jüdisch erkennbar sind, überqueren eine Straße, als sich ihnen rasch zwei weitaus ältere Jugendliche nähern. Einer der beiden stößt plötzlich einen der jüdischen Teenager gewaltsam zu Boden. Der Angreifer und sein Begleiter brüllen dabei „Free Palestine“. Als eine Gruppe Männer herbeieilt, um den jüdischen Jugendlichen zu helfen, entfernen sich die Angreifer zügig.

11. November, 1010 Wien: Am späten Abend ist eine Frau am Heimweg, als sie in einer Straßenbahn das Telefongespräch eines Fahrgasts mithört. Der ältere Herr spricht laut und für alle Passagiere hörbar abfällig über Juden und bezeichnet diese unter anderem als „Zecken“. Die Frau beginnt, ihn heimlich zu filmen. Als er dies bemerkt, beschimpft er sie zuerst als „Scheißjud“, „Drecksau“ und „Kindermörderin“ (Anmerkung: sie ist nicht jüdisch). Plötzlich wird er handgreiflich, beginnt nach ihr zu schlagen und versucht, ihr das Handy zu entreißen. Zusätzlich droht er ihr weitere körperliche Gewalt an. Zwei Damen schreiten ein und versuchen, die Situation zu beruhigen, doch der Mann setzt mit den Beschimpfungen fort. Anzeige wird erstattet.

30. November, 1020 Wien: Ein Mann, durch seine Bekleidung eindeutig als jüdisch erkennbar, ist am Schabbat unterwegs als sich ihm fünf Personen nähern und ihn umstellen. Plötzlich schlägt ihm einer der Männer den Shtreimel (traditioneller Pelzhut) vom Kopf, hebt ihn vom Boden auf und läuft mit seinen Begleitern davon. Der Betroffene eilt zur nächstgelegenen Synagoge und bittet dort einen Sicherheitsbeamten und die Polizei um Hilfe. Hinzugerufene, in der Peripherie befindliche Polizisten können die Angreifer Minuten später unweit des Tatorts stellen. Der Hut wird dem Betroffenen retourniert. Später stellt sich heraus, dass die Angreifer Teilnehmer einer zuvor im Stadtzentrum stattgefundenen rechtsextremen [pro-FPÖ-Demonstration](#) waren.

3. 2. Bedrohung

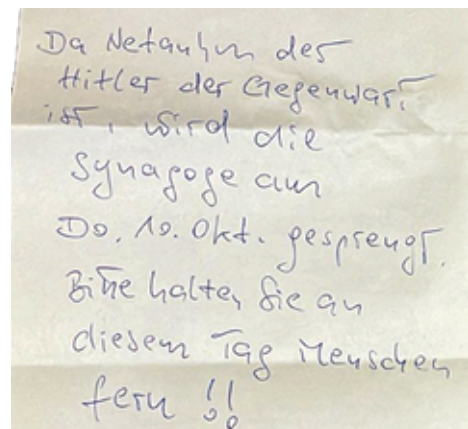
Als Bedrohung wird definiert: konkret formulierte Androhung physischer Gewalt gegen jüdische beziehungsweise als jüdisch wahrgenommene Personen oder Einrichtungen; die Drohung ist zielgerichtet und kann in schriftlicher oder mündlicher Form erfolgen. Ebenfalls als Bedrohung kategorisiert werden Bombendrohungen gegen sowie Bombenattrappen bei jüdischen Einrichtungen.

29. Jänner, 1200 Wien: Die Schülerin einer jüdischen Bildungseinrichtung ist auf dem Weg zu einem nahegelegenen Supermarkt. Ein älterer Mann nähert sich ihr und fragt sie aggressiv, ob sie aus dem „Judenzentrum“ käme. Er kommt ihr noch näher und hält sie an der Hand fest,

doch sie kann sich losreißen. Die junge Frau überquert die Straße, der Mann verfolgt sie jedoch. Mehrmals ruft er ihr nach: „Bist du Jüdin?“ Verängstigt flüchtet sie in ein Haus in der Nähe der Bildungseinrichtung, während Passanten die Polizei rufen. Der Fremde lässt jedoch nicht locker und sucht die Umgebung nach der Schülerin ab, bis schließlich die Polizei eintrifft.

27. April, 1020 Wien: Nach dem Abendgebet befindet sich ein Vater mit seinen sieben und zehn Jahre alten Söhnen am Heimweg. Alle drei sind aufgrund ihrer Bekleidung eindeutig als jüdisch erkennbar. Eine Gruppe älterer Jugendlicher nähert sich ihnen. Einer schreit plötzlich der Familie „Scheiß Nazi“ entgegen und deutet dabei einen Schlag in ihre Richtung an. Die Jugendlichen entfernen sich.

4. Oktober, Niederösterreich: Ein Drohbrief wird an eine jüdische Institution versendet. Dem Brief liegt ein Gefäß mit unbekannter Flüssigkeit bei. Das Porto soll vom Empfänger entrichtet werden.



Da Netanjan des
Hitler der Gegenwart
ist, wird die
Synagoge am
Do, 10. Okt. gesprengt.
Bitte halten Sie an
diesem Tag Menschen
fern !!

3. 3. Sachbeschädigung

Unter die Kategorie der Sachbeschädigung fallen nicht lebensbedrohliche Übergriffe auf ein Objekt. Als Sachbeschädigung gelten hierbei auch Beschmierungen, sowie das Anbringen von Stickern und Plakaten.

6. Mai, 1010 Wien: Im Rahmen der dritten [„European Conference on Antisemitism“](#) kommt es zu folgendem Vorfall: Als Verfassungsministerin Karoline Edtstadler und IKG-Präsident Oskar Deutsch die Österreichische Akademie der Wissenschaften erreichen, will ein Angreifer sie mit roter Farbe überschütten. Dabei zeigt er einen Zettel mit einem antiisraelischen Slogan und ruft entsprechende Parolen. Er wird von der Polizei festgehalten; noch am selben Tag jedoch ist er am so benannten „Student Intifada Camp“ auf dem Gelände des Alten AKH anzutreffen.

7. Juni, 1090 Wien: In der Nacht zum 7. Juni wird das [Haus der Forschung in der Sensengasse](#) großflächig mit antisemitischen und Terror verherrlichenden Parolen und Symbolen beschmiert. Die Polizei leitet Ermittlungen gegen „Unbekannt“ ein.

Juni 2024, 1020 Wien: Ein Stromkasten in einem Park wird mit [„Kill Jews“](#) beschmiert. Die Polizei wird informiert, die Entfernung in die Wege geleitet.



12. November, Wien: Ein Lehrer meldet, dass an seiner Schule über einen längeren Zeitraum hinweg immer wieder Hakenkreuze auf Tischen eingeritzt werden. Ihm zufolge würden Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitung dem jedoch keine Bedeutung beimessen. Daher sieht er von weiteren Maßnahmen ab, betont jedoch, dass es ihm ein Anliegen sei, dass derartige Vorfälle dokumentiert werden.

27. November, 1010 Wien: In den frühen Morgenstunden des 27.11.2024 werden zu Gewalt gegen Juden aufrufende Beschmierungen bei der [Theodor-Herzl-Stiege](#) in der Nähe des Stadttempels gemeldet. Mit roter Farbe wurden in der Nacht zuvor Terror verherrlichende Parolen und Symbole an die Wand gemalt, unter anderem ein Aufruf zur „Intifada“ und sogenannte „Hamasdreiecke“ (umgedrehte rote Dreiecke, welche die Hamas zur Markierung von Feinden in ihrer Propaganda verwendet). Es ist nicht das erste Mal, dass die symbolträchtige Herzl-Stiege zum Ziel wird. Zuvor war dies bereits Mitte [Oktober 2024](#) sowie [Mai 2023](#) der Fall.



27. November, 1090 Wien: Am selben Vormittag wird die Beschmierung der in der Berggasse angebrachten Gedenktafel für Theodor Herzl gemeldet; aufgrund des Timings und des Stils kann vom selben Täterkreis ausgegangen werden.



18. Dezember, 1010 Wien: Eine zur Solidaritätsbekundung für die Geiseln nach dem 7. Oktober 2023 am Wiener Stadttempel [angebrachte Israelfahne mit schwarzem Trauerflor](#) wird in den frühen Morgenstunden von zwei Schwedinnen (18 und 28 Jahre alt) heruntergerissen, die Fahnenstange gebrochen und der Versuch unternommen, die Fahne anzuzünden. Die Polizei kann die Täterinnen binnen weniger Minuten festnehmen und die stark beschädigte Fahne retournieren. Nach erfolgter Einvernahme werden beide auf freiem Fuß wegen des Verdachts der schweren Sachbeschädigung angezeigt. Die Staatsanwaltschaft leitet ein Verfahren ein.



Juli 2024, 1130 Wien:

Meldung einer [Hakenkreuz-beschmierung](#) und „Juden RAUS!“ an einer Mauer. Die Polizei wird verständigt, die für die Entfernung verantwortlichen Stellen kontaktiert.



5. September, 1220 Wien:

Meldung zweier Beschmierungen: neben einer palästinensischen Fahne mit dem Schriftzug „Freies Palästina“ prangt ein Galgen, an dem ein Davidstern hängt. Daneben steht „Die Juden begehen Völkermord. Was tun Sie dagegen (sic)“



3. 4. Verletzendes Verhalten

In die Kategorie „Verletzendes Verhalten“ fallen antisemitische Beschimpfungen, Äußerungen, Kommentare und Botschaften; diese können verbal (von Angesicht zu Angesicht, telefonisch) oder schriftlich (Brief, E-Mail, Onlinemedien, andere elektronische Kommunikationskanäle) erfolgen und sind an eine spezifische Person oder Institution gerichtet.

23. Februar, Online: Im bei Kindern beliebten Online-Spiel Brawlstars erhält ein 9-jähriges Kind eine Freundschaftsanfrage von einem Account mit dem Namen „LordJudenmord“. Die Eltern melden dies zwecks Dokumentation der Meldestelle.



6. Mai, 1010 Wien: Ein Mann ruft in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien an und beschwert sich über die „zionistischen Juden wie Oskar Deutsch“ (Präsident der IKG Wien, Anm.), welche die Palästinenser „umbringen“ würden. Auch wolle sich der Anrufer darüber beschweren, dass die Aktionen von Israels Militär ein weitaus größeres Verbrechen darstellten als die Aktionen der Hamas und beklagte, dass man sofort ein Antisemit sei, sobald man etwas gegen Juden sagt.

6. Mai, Instagram: Die „Zeit im Bild“ postet auf Instagram einen Beitrag anlässlich der Befreiung des KZ Mauthausen 1945. Es zeigt ein Zitat von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Es folgen zahlreiche antisemitische Kommentare - hier vier davon:



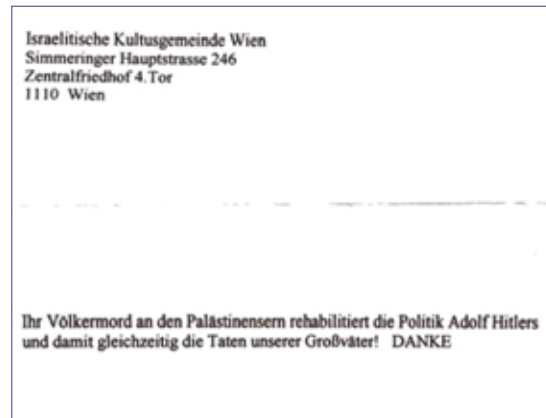
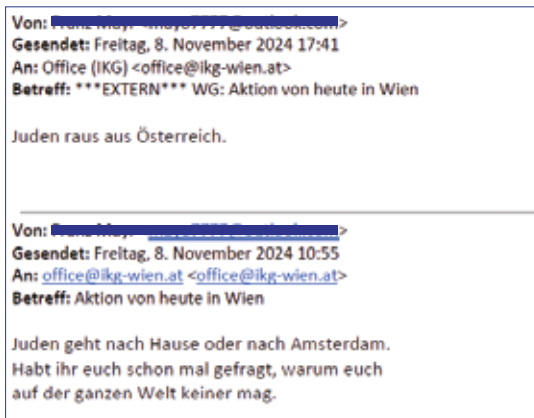
22. Mai, 1190 Wien: Ein Ehepaar, durch seine Bekleidung eindeutig als jüdisch erkennbar, wartet auf die U-Bahn, als eine Frau mittleren Alters sie unvermittelt anzuschreien beginnt: „Genozid! Genozid! Ihr macht’s einen Genozid in Israel!“, „Ihr habt’s wirklich nichts gelernt aus der Geschichte! Genozid in Israel!“ Diese Sätze wiederholt sie immer wieder. Eine Passantin entschuldigt sich „stellvertretend“ beim Ehepaar.

26. Juni, 1140 Wien: Eine Gruppe 12-jähriger Schülerinnen und Schüler, aufgrund der Bekleidung mehrerer Schüler als jüdisch erkennbar, befindet sich mit der Lehrerin auf dem Weg von einem Ausflug zurück in die Schule. In der U-Bahn telefoniert ein älterer Mann; als er die Kinder erblickt, beginnt er lautstark die Kinder als „Juden, die sich wie Schweine benehmen“ zu beschimpfen. Als die Gruppe sich daran machte, auszusteigen ruft er der Lehrerin zu, sie solle die „Tiere aus der U-Bahn nehmen“.

27. Juli, 1120 Wien: Auf einer israelfeindlichen Kundgebung der sogenannten „Palästina Solidarität Österreich“ auf der Meidlinger Hauptstraße hält ein Vertreter des „Palästina Komitee“ [eine Rede](#), in der er die Nachfahren der Schoa-Opfer als Nazis bezeichnet (Täter-Opfer-Umkehr). Zionisten seien „das Übel unserer Zeit“.

30. September, Schule, WhatsApp: Einem jüdischen Schüler einer Neuen Mittelschule, dessen Religionsbekenntnis Mitschülern bekannt ist, wird auf WhatsApp ein Bild weitergeleitet, welches das Profilbild des Jugendlichen zeigt, jedoch mit einer vergrößerten Nase, sowie als Hintergrund ein brennendes Auto unterlegt mit dem Schriftzug „Advent, Advent ein Jude brennt“. Schulleitung und Polizei werden informiert, Anzeige wird erstattet.

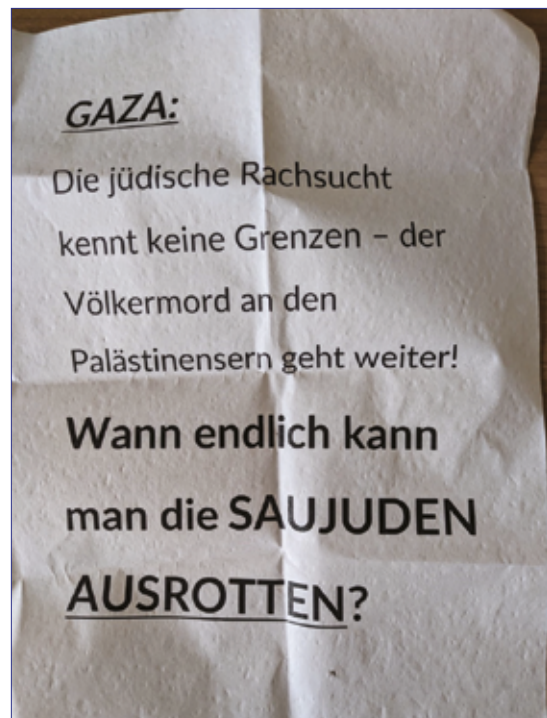
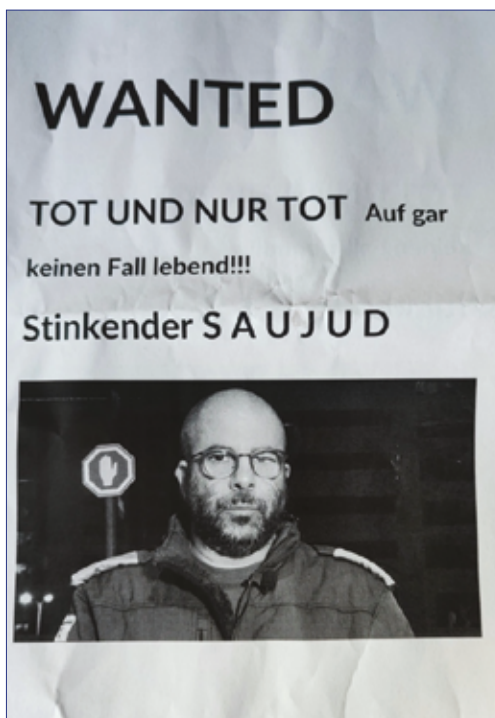
8. November, E-Mail: In einer an die IKG versendeten E-Mail werden Juden aufgefordert, Österreich zu verlassen. Mit „nach Hause“ ist mutmaßlich Israel gemeint; der Verweis auf Amsterdam bezieht sich auf die pogromartigen Ausschreitungen¹⁰.



3. 5. Massenzuschriften

Hierbei handelt es sich um schriftliche antisemitische Inhalte, die an mindestens zwei Adressatinnen bzw. Adressaten gerichtet sind, beziehungsweise generell auf einen breiten Empfängerkreis abzielen. Dazu gehören Publikationen (online wie offline, z. B. Zeitungen, Magazine, Blogs), an mehrere Empfänger und Empfängerinnen versandte Schreiben (Briefe, E-Mails), sowie die letzten beiden Medien zunehmend verdrängenden Social-Media-Plattformen.

3. April, 1150 Wien: Auf www.antisemitismus-meldestelle.at wird ein auf der Straße gefundenes Flugblatt eingereicht. In den Folgetagen werden ähnlich formulierte Flugblätter aus der gleichen Gegend zugesendet. Eines enthält einen expliziten Mordaufruf. Es wird Anzeige bei der Polizei erstattet.



¹⁰ <https://www.mena-watch.com/neue-enthuellungen-zur-judenjagd-von-amsterdam/>

28. Mai, Instagram: Die israelische Militäraktion gegen die Hamas und zur Befreiung von Geiseln in Rafah im Mai 2024 wird als Holocaust bezeichnet. Die Montage enthält einen Text, der zum „globalen Widerstand“ aufruft, gefolgt vom umgedrehten roten „Hamasdreieck“, welches die Terrororganisationen in ihrer Propaganda zur Markierung von Feinden verwendet.



9. Februar, Instagram: Das Posting stellt Gaza-Bewohner in Etagenbetten in einem Flüchtlingslager in Rafah/Gaza Etagenbetten im NS-Konzentrationslager Buchenwald aus dem Jahr 1945 gegenüber. Der Titel der Fotocollage bezieht sich auf den berühmten Slogan „Nie wieder“, der sich historisch eindeutig auf die Schoa bezieht. Seine Verwendung im vorliegenden Kontext soll nicht nur den Völkermordvorwurf verstärken, sondern auch Schoa-Inversion betreiben, ein gängiges wie perfides Tool des Anti-Israel-Aktivismus, welches justament Opfer der Nazis zu Tätern eines erfundenen Holocaust im Gazastreifen machen soll.



16. September, Instagram: Gleichsetzung des Davidsterns (Symbol für das Judentum) mit dem Hakenkreuz (Symbol des Nationalsozialismus) in einem öffentlichen Instagram-Beitrag.

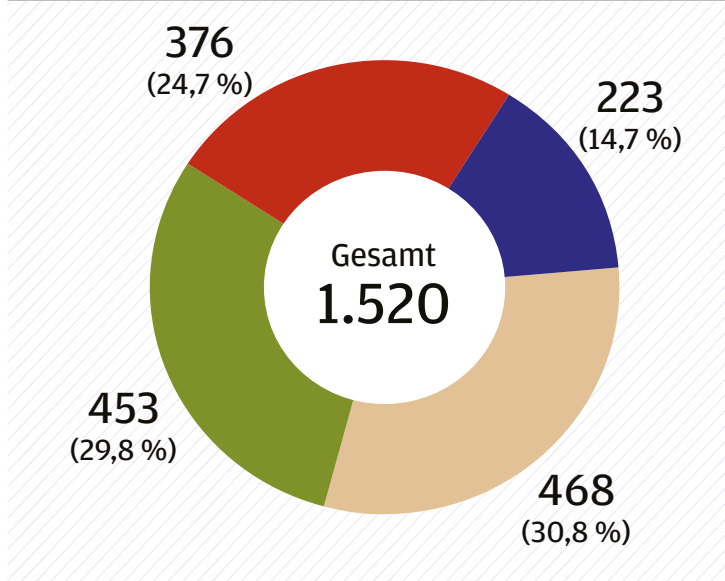


September, Online: Ein User sieht einen umstrittenen, in der ORF-Sendung „Weltjournal“ am 4.9. ausgestrahlten [Dokumentarfilm](#) über Israel und den Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Daraufhin postet er auf Facebook: „Obwohl ich sicher kein Antisemit bin, kann ich verstehen, warum gerade jetzt Antisemitismus wieder Zulauf bekommt! [...]“. In den Tagen nach Ausstrahlung des Weltjournal kommt es zu einigen ähnlich gelagerten Vorfällen.

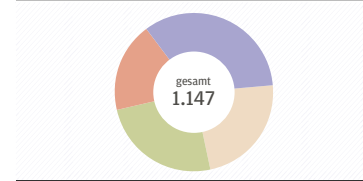


4. Ideologischer Hintergrund

Antisemitische Vorfälle – ideologisch motiviert



Antisemitische Vorfälle 2023

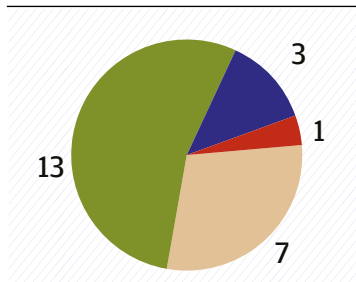


Unter „**Rechts**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen beziehungsweise der gesellschaftspolitischen Rechten, dem Rechtsextremismus sowie dem (Neo-)Nazismus zugeordnet werden konnten.

Unter „**Links**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen sowie der gesellschaftspolitischen Linken und dem Linksextremismus mit all seinen Ausprägungen (z. B. der antisemitischen BDS-Bewegung und dem Antiimperialismus) zugerechnet werden konnten.

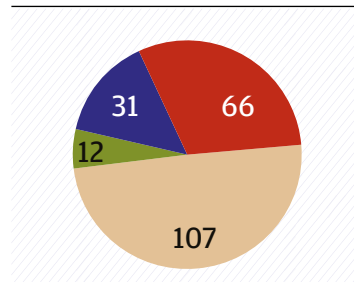
„**Muslimisch**“ bezieht sich auf antisemitische Vorfälle, die von Personen oder Organisationen verursacht wurden, die weltanschaulich beziehungsweise religiös dem Islam zuzuordnen sind, was den Islamismus einschließt.

24 Angriffe



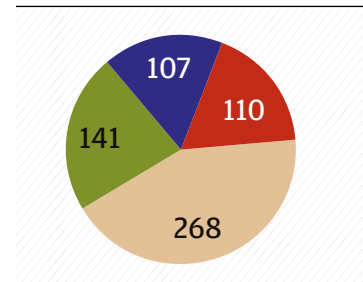
Knapp mehr als die Hälfte der 24 physischen Angriffe gingen von muslimischen Tätern aus. In sieben Fällen war der ideologische Hintergrund der Täter nicht eindeutig feststellbar, drei Mal waren Täter der rechten Szene zuzuordnen. Wie im Vorjahr kam ein Angriff von einem Täter mit linkem Hintergrund.

216 Sachbeschädigungen



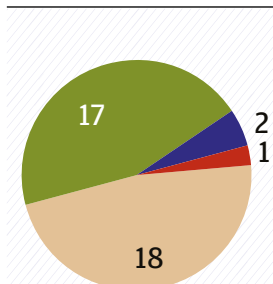
Jede zweite antisemitische Sachbeschädigung war ideologisch nicht eindeutig zuordenbar (107). Knapp ein Drittel ist auf einen linken (66) und 31 Vorfälle auf einen rechten ideologischen Hintergrund zurückzuführen. Zwölf Sachbeschädigungen hatten muslimischen Kontext.

Verletzendes Verhalten (626 Mal)



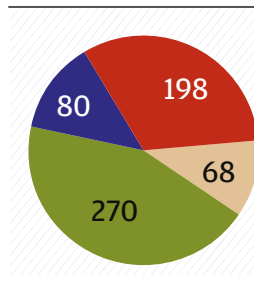
Ideologisch nicht zuordenbar waren 268 Fälle von "verletzendem Verhalten". Mehr als verdoppelt haben sich sowohl die muslimisch als auch links zuordenbaren Fälle (muslimisch von 61 auf 141, links von 49 auf 110 Vorfälle). Die Zahl der rechts motivierten sank hingegen signifikant von 204 auf 107.

38 Bedrohungen



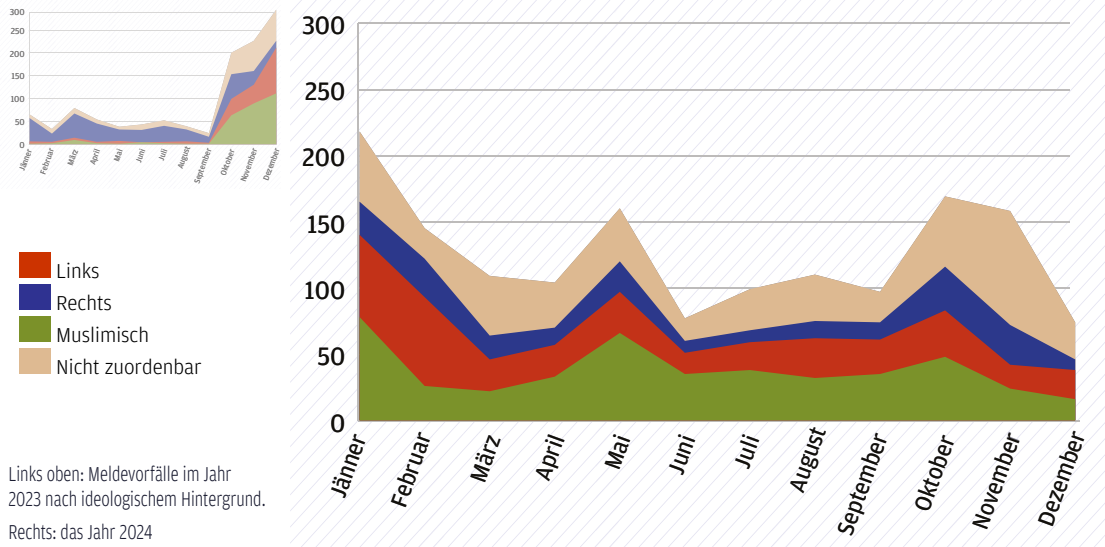
Im Gegensatz zum Vorjahr waren die meisten gemeldeten Bedrohungen ideologisch nicht eindeutig zuordenbar (18). Einen muslimischen Hintergrund gab es in 17 Fällen. Zwei Vorfälle von Bedrohung hatten einen rechten, einer einen linken Background.

616 Massenzuschriften



Massenzuschriften mit muslimischem Hintergrund nahmen anteilmäßig im Vergleich zu 2023 stark zu (270 Vorfälle; 2023: 185). Im linken Spektrum waren 198 Fälle zu verorten. 80 Fälle kamen von rechts, 68 Massenzuschriften konnten weltanschaulich nicht zugeordnet werden.

Jahresverlauf ideologischer Hintergrund 2023 (links) und 2024 (rechts)



Die drei bemerkenswertesten Ausschläge sind im Jänner, Mai und Oktober. Der **Höchststand Anfang des Jahres** stellt im Vergleich zum Vormonat (Dezember 2023) sogar einen Rückgang dar (von 294 auf 218). Anfang 2024 waren gemeldete antisemitische Vorfälle überwiegend muslimisch (78) und links (62) motiviert.

Der **Ausschlag im Mai** steht in unmittelbarem Zusammenhang mit zwei Faktoren: Erstens die bevorstehende israelische Offensive in Rafah im südlichen Gazastreifen gegen die Hamas und zur Befreiung von dort festgehaltenen Geiseln. Die Kampagne „All Eyes On Rafah“ wurde in diesem Zusammenhang zu einem Motor antisemitischer Agitation weltweit. Der zweite Faktor für den Ausschlag im Mai war die Beantragung eines internationalen Haftbefehls gegen zwei israelische Politiker am Internationalen Strafgerichtshof. Letztlich verdoppelte sich die Zahl muslimisch motivierter Vorfälle von 33 im April auf 66 im Mai. 124 von 160 antisemitischen Vorfällen im Mai wiesen einen Israelbezug auf. Zugleich war der Mai jener Monat mit den meisten Schoa-Relativierungen (59) im Jahr 2024.

Der **Ausschlag im Oktober** geht überwiegend auf Ereignisse rund um die Nationalratswahl Ende September (rechter Hintergrund) sowie auf die Tötung des Anführers der Terrorarmee Hisbollah, Hassan Nasrallah, und die Zuspitzung des Krieges im Norden Israels und Süden Libanons (muslimisch und links) zurück. Oktober (33 Vorfälle) und November (30) waren jene Monate, in denen rechts zuordenbare antisemitische Vorfälle besonders präsent waren. Die Debatten nach der Nationalratswahl selbst und um die erstmalige Wahl eines deutsch-nationalen Politikers zum Nationalratspräsidenten prägten den diesbezüglichen Diskurs. Einen regelrechten Schub antisemitischer Vorfälle gab es etwa nach der Konfrontation von Nationalratspräsident Walter Rosenkranz (FPÖ) mit jüdischen Studierenden am Vorabend des Jahrestags der Novemberpogrome vor dem Holocaust-Mahnmal am Wiener Judenplatz.

Jene Vorfälle, deren weltanschaulicher Hintergrund nicht eindeutig festzustellen ist, werden als „nicht zuordenbar“ erfasst.

5. Methodik

Grundpfeiler unserer Arbeitsmethodik ist die IHRA-Arbeitsdefinition für Antisemitismus.

5.1. Arbeitsdefinition Antisemitismus

Seit die 2005 von dem EUMC unter mithilfe zahlreicher ExpertInnen und Betroffenen erstellte [Arbeitsdefinition für Antisemitismus](#)¹¹ im Mai 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) übernommen wurde fand diese eine stark zunehmende internationale Unterstützung auf zahlreichen, unterschiedlichsten Ebenen. 26 EU-Mitgliedsstaaten verwenden diese Definition offiziell – einzig Malta ist hier noch ausstehend. Das Land verfügt erst seit Juni 2024 Beobachterstatus in der IHRA. Österreich hat die Antisemitismusdefinition im Jahr 2017 (Ministerrat) und 2018 (Gemeinderat in Wien und Graz) sowie in der Folge weitere Bundesländer und Gemeinden angenommen. Der Stellenwert und die bedeutende Rolle der Arbeitsdefinition in der Antisemitismusarbeit wird auch in der 2022 von derzeit 15 europäischen Staaten unterzeichneten Vienna Declaration hervorgehoben, in der unter vielem anderen erklärt wird:

„Wir stimmen überein, die Anwendung der nicht rechtsverbindlichen IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus zu unterstützen, die als Basis für die Sammlung vergleichbarer Daten über antisemitische Vorfälle, inklusive jener unter der Strafbarkeitsschwelle, dienen kann.“¹²

Auch geht der im November 2024 präsentierte [Umsetzungsbericht](#) der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus auf die unterschiedlichen Ebenen (z. B. im Präventions- und im Bildungsbereich, sowie im Justizwesen oder in der Exekutive) ein, auf denen die Implementierung der Arbeitsdefinition stattfindet. Obgleich rechtlich nicht bindend, ist diese Definition die wissenschaftlich anerkannte Grundlage für den Kampf gegen Antisemitismus. Sie ermöglicht zudem eine internationale Vergleichbarkeit, die entsprechende Erkenntnisse und damit zusammenhängende, zielgerichtete Maßnahmen erst möglich macht. Auf nationaler Ebene dient sie aber auch der Forschung, in der Antisemitismus-Arbeit, aber auch der Exekutive, welche naturgemäß oftmals als Anlaufstelle für von Antisemitismus Betroffene fungiert.

An dieser Stelle soll noch einmal festgehalten werden, dass bei weitem nicht jeder antisemitische Vorfall rechtliche Implikationen hat; ihre bestmögliche Erfassung ist notwendig, will man sich ein möglichst umfassendes Gesamtbild verschaffen, um Antisemitismus zu erkennen, zu analysieren und dagegen vorgehen zu können.

Alle uns gemeldeten Vorfälle werden mit der Antisemitismus-Definition abgeglichen. Nicht alle Meldungen erfüllen die Kriterien der Definition und finden somit nicht Eingang in die Statistik.

11 <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>

12 www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:9c750705-3f78-4de7-91e5-a353706c4965/vienna_declaration_dt.pdf

Hier die Definition im Wortlaut:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Zur „IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus“ gehören folgende, konkretisierenden Erläuterungen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv - insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.
- Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Schoa).

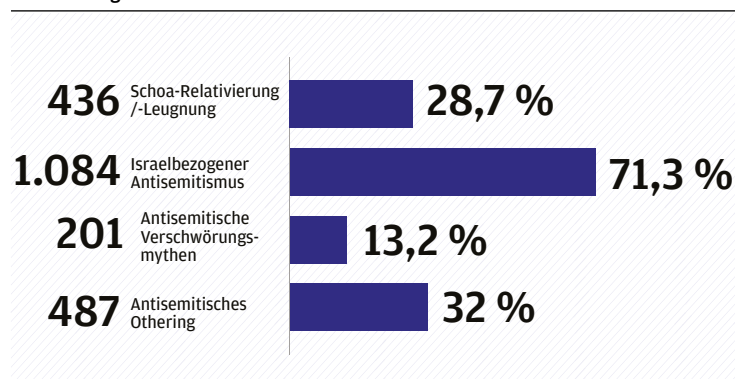
- Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, die Schoa zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Juden, Judentum, Israel oder Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

6. Erscheinungsformen

Wie schon im [Halbjahresbericht](#) erwähnt nahm die Antisemitismus-Meldestelle Änderungen an ihren „Subkategorien“ vor. Zum Ersten wurden diese in „Erscheinungsformen“ umbenannt. Des Weiteren wurde die Erscheinungsform „Antisemitismus mit Coronabezug“ aufgrund der verschwindend kleinen Zahl an Vorfällen (5 Fälle, nach 32 im Jahr 2023) aus dem Bericht genommen.

Das folgende Diagramm zeigt die Anzahl an Vorfällen, die die jeweiligen Erscheinungsformen aufweisen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass ein Vorfall mehrere Erscheinungsformen haben kann.

Erscheinungsformen



2024

Israelbezogener Antisemitismus ist wieder die häufigste Erscheinungsform antisemitischer Vorfälle; die neu eingeführte und im nächsten Abschnitt erläuterte Erscheinungsform antisemitisches Othering (487 Vorfälle) liegt knapp vor Fällen von Schoa-Relativierung/-Leugnung (436 Vorfälle), während antisemitische Verschwörungsmythen etwas weniger als die Hälfte davon aufweisen (201 Vorfälle).

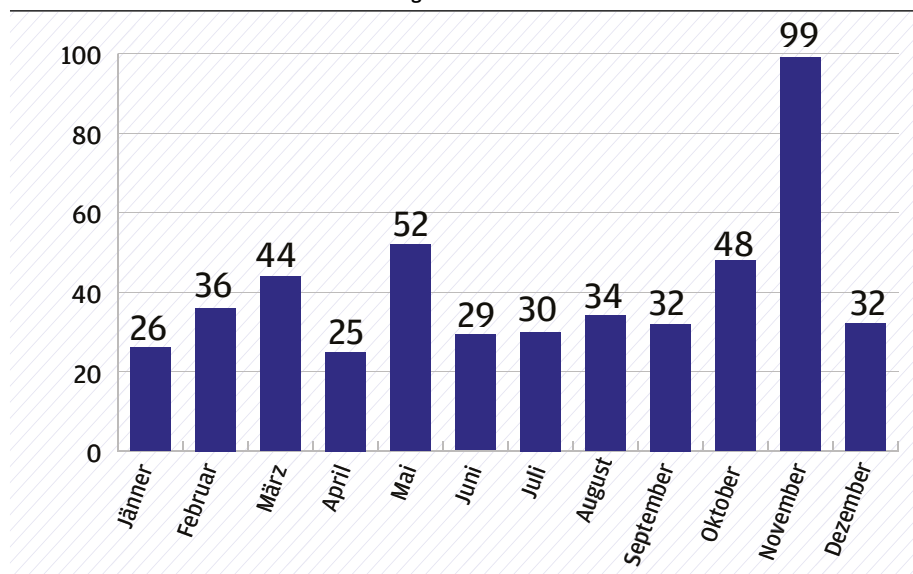
6. 1. Antisemitisches Othering

2024 wurde eine neue Erscheinungsform in die Methodik aufgenommen: „Antisemitisches Othering“ Hierbei orientiert sich die Antisemitismus-Meldestelle an RIAS. Die Definition der Erscheinungsform „Othering“ lautet:

„Das Antisemitische Othering bezeichnet Handlungen, Worte oder Bilder, deren Inhalt Jüdinnen und Juden als fremd, exotisch oder als nicht dazugehörend markieren. Beispiele dafür sind die Verwendung von „Du Jude!“ als Beleidigung oder die Verwendung des Begriffs „Jude“ zur Abwertung von Personen. Antisemitisches Othering liegt auch vor, wenn österreichische Jüdinnen und Juden zu Repräsentanten Israels umgedeutet werden und für israelische Regierungspolitik verantwortlich gemacht werden. Jüdisch zu sein reicht als Anlass der Aus- und Abgrenzung.“

Nach israelbezogenem Antisemitismus stellt antisemitisches Othering die zweithäufigste Erscheinungsform dar (487 Vorfälle bzw. 32 %). 2024 sticht besonders der Monat November hervor: Hier war die Konfrontation von Nationalratspräsident Rosenkranz (FPÖ) mit jüdischen Studierenden (siehe Seite 21) Auslöser für eine regelrechte Flut an Vorfällen, in welchen Othering im Zentrum stand. Symbolhaft die in zahlreichen Variationen an jüdische Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen gerichtete Aufforderung, „die Juden“ mögen doch Österreich verlassen und nach Israel zurückkehren, falls es ihnen hier nicht mehr gefalle.

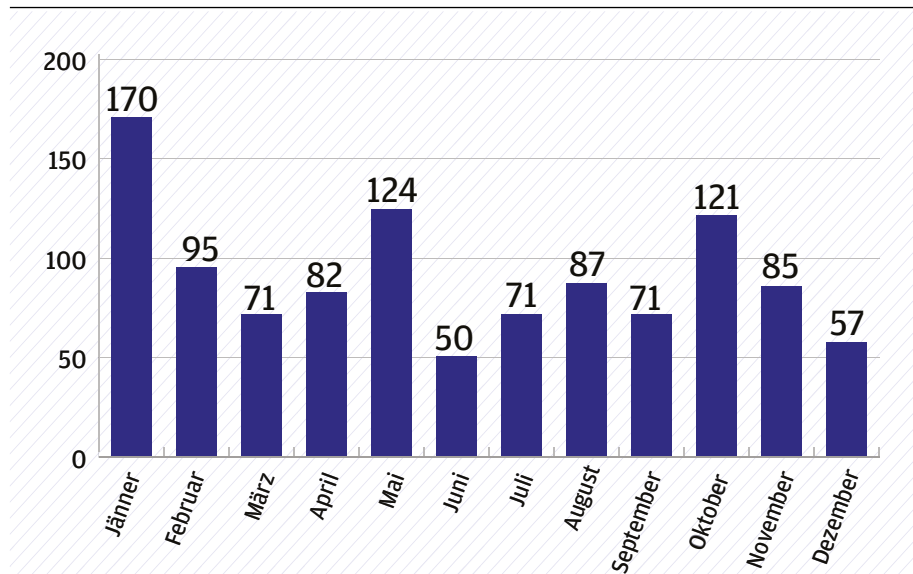
2024: 487 Fälle von Antisemitischem Othering



6. 2. Israelbezogener Antisemitismus

Diese Erscheinungsform ist auch 2024 die mit Abstand häufigste, mit 1.084 Vorfällen (71,3 %). Nach dem Extremwert im Dezember 2023 (264 Vorfälle) pendelte sich Antisemitismus mit Israelbezug im mittleren bis hohen zweistelligen Bereich ein – die Ausnahme bildeten die Monate Jänner, Mai und Oktober, welche generell mit Spitzen im Jahresverlauf zusammenfallen; die Ausnahme bildet hier der November, der besonders von antisemitischem Othering beeinflusst war. In einem der Gastkommentare (S. 29) setzt sich Monika Schwarz-Friesel mit der „Israelisierung des Antisemitismus“ auseinander.

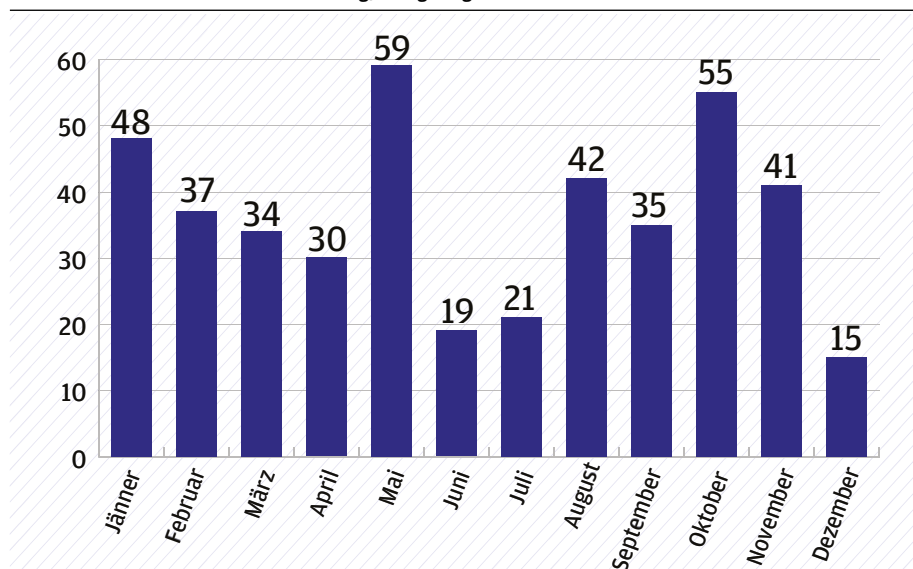
2024: 1.084 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus



6. 3. Schoa-Relativierung/-Leugnung

Mit 436 Fällen (28,7 %) war Schoa-Relativierung bzw -Leugnung knapp hinter Othering die dritthäufigste Erscheinungsform von Antisemitismus im vergangenen Jahr. Im Abschnitt „Die Schoa und deren Missbrauch“ (S. 8) geht der Bericht detailliert auf deren diverse Manifestationsformen ein sowie auf die Hintergründe deren Jahresverlaufs.

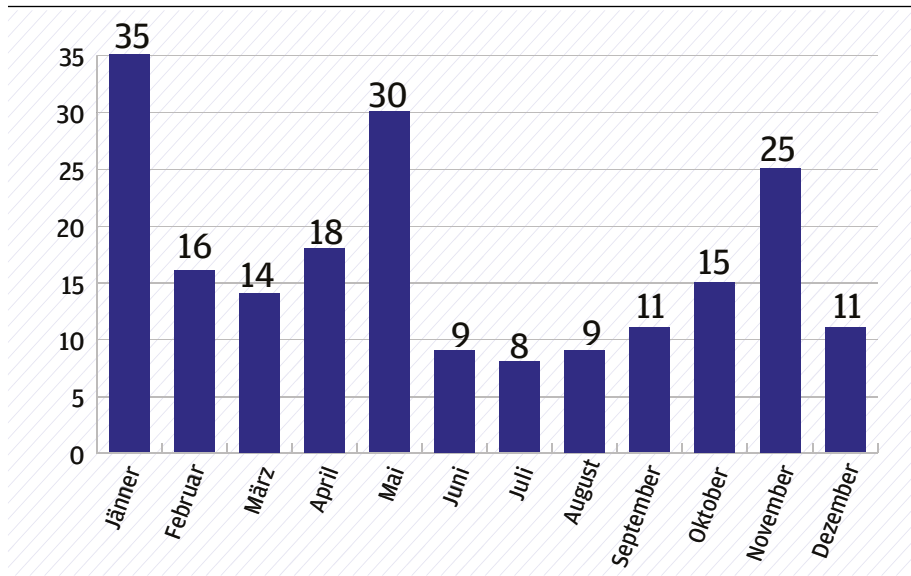
2024: 436 Fälle von Schoa-Relativierung/-Leugnung



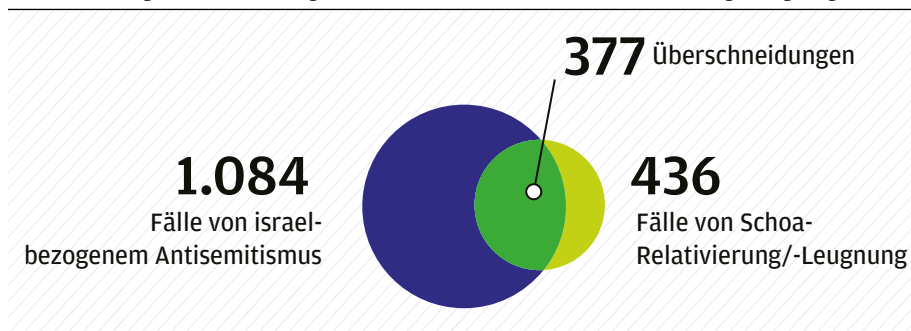
6. 4. Antisemitische Verschwörungsmythen

Antisemitische Verschwörungsmythen waren mit 201 Fällen (13,2%) die seltenste Erscheinungsform im Jahr 2024. Der Höchstwert von 52 Fällen im Dezember 2023 wurde das ganze Jahr über nicht mehr erreicht, abgesehen von einzelnen Spitzen rund um Jänner, Mai und November.

2024: 201 Fälle von antisemitischen Verschwörungsmythen

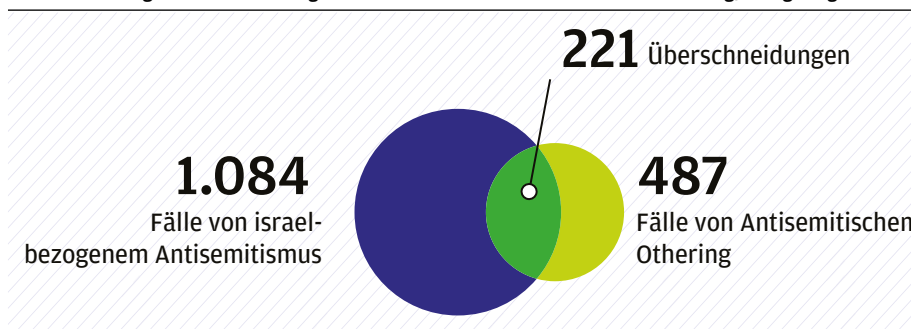


Überschnidungen von israelbezogenem Antisemitismus und Schoa-Relativierung/-Leugnung



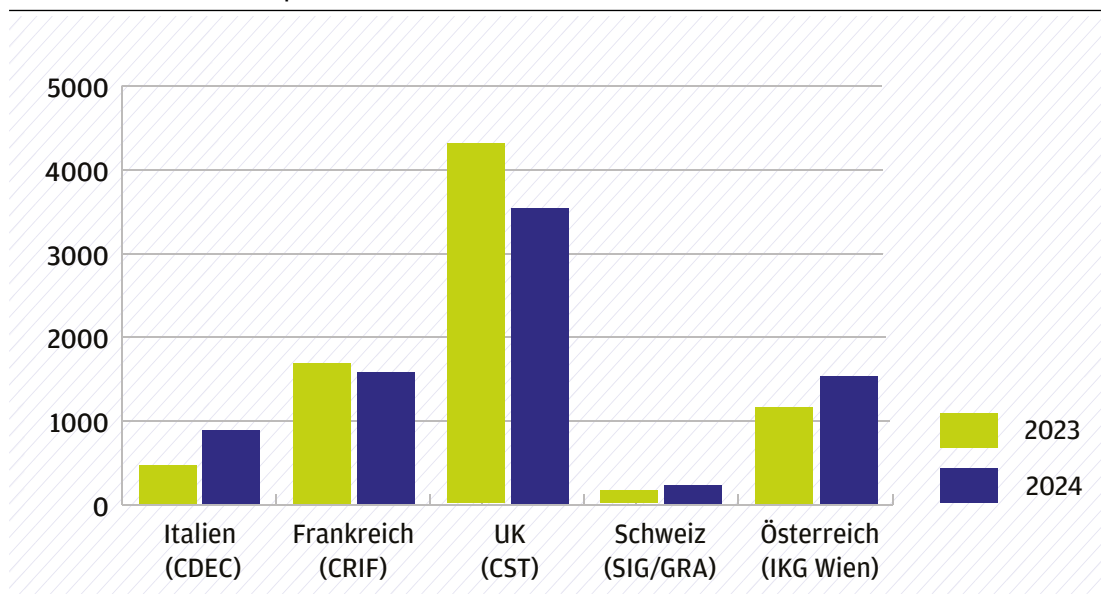
Da ein antisemitischer Vorfall mehrere Erscheinungsformen aufweisen kann, kommt es zu zahlreichen Überschneidungen. Beispielsweise waren im Vorjahr 86 Prozent aller Fälle (377 von 436) von Schoa-Relativierung/-Leugnung auch israelbezogen antisemitisch.

Überschnidungen von israelbezogenem Antisemitismus und Schoa-Relativierung/-Leugnung



7. Blick ins Ausland

Antisemitische Vorfälle in europäischen Ländern 2024



2024

Zu Redaktionsschluss standen für das Jahr 2024 Daten aus dem [Vereinigten Königreich \(CST\)](#), aus [Italien](#), Frankreich und einem Teil der Schweiz zur Verfügung. International lässt sich eine ähnliche Entwicklung wie in Österreich beobachten: Nach dem massiven Anstieg Ende 2023 stabilisierten sich die Vorfallszahlen auf hohem Niveau.

8. Gastkommentar

8. 1. Die Israelisierung des Antisemitismus und seine Umdeutung als „Meinungsfreiheit“

Seit dem 7. Oktober 2023 hat der Antisemitismus weltweit massiv zugenommen, auf der Straße, im Netz, in den Medien, aber auch in Teilen von Politik, Medien und Zivilbevölkerung. Seit 1945 ist judenfeindliches Gedankengut nicht mehr dermaßen offen und selbstbewusst artikuliert worden.

In der empirischen Antisemitismusforschung zeigt sich dabei schon seit Jahren, dass der israelbezogene Judenhass die vorherrschende Manifestation ist und dass dieser nach dem genozidalen Massaker der Hamas immer ungehemmter ausgelebt wird. Und dies in allen aktuellen Formen: Rechter, linker, muslimischer und mittiger Feuilleton-Antisemitismus haben trotz aller ideologisch-politischen Divergenzen gemeinsam, dass sie den jüdischen Staat – als kollektiven Juden – im Fokus ihrer Aktivitäten haben. Denn das Chamäleon Judenfeindschaft hat sich im Laufe seiner zwei Tausend Jahre andauernden Geschichte seine anti-judaistische Grundstruktur erhalten und sich den aktuellen Gegebenheiten lediglich opportun angepasst. Entsprechend steht der jüdische Staat als ostentatives Symbol für jüdisches Überleben und Leben im Mittelpunkt des Hasses.

Werden Israelis als *Kindermörder* diffamiert, wird der Staat Israel als *Apartheids-, Unrechts- oder Kolonialstaat* delegitimiert, werden israelische Soldaten als *Kriegsverbrecher* beschimpft und dem jüdischen Staat *Völkermord oder Genozid* unterstellt, werden Juden kollektiv als *Israelis* bezeichnet oder verantwortlich gemacht für Geschehnisse in Nahost, handelt es sich aus der wissenschaftlichen Perspektive um Varianten des israelbezogenen Antisemitismus. Solche haltlosen Vorwürfe stellen krude De-Realisierungen dar, also Projektionen von judenfeindlichen Phantasmen und Stereotypen bar von Realität. „Neu“ sind diese Phantasmen nicht. Sie stehen in der langen Tradition judenfeindlicher Denk- und Sprachgebrauchsmuster, die jüdische Existenz als Übel

„Neu“ sind diese Phantasmen nicht. Sie stehen in der langen Tradition judenfeindlicher Denk- und Sprachgebrauchsmuster, die jüdische Existenz als Übel in der Welt zu sehen.

in der Welt zu sehen. Zeitgemäß angepasst werden uralte anti-judaistische Entwertungen auf den jüdischen Staat projiziert. Wir nennen dies in der Forschung die Israelisierung des Antisemitismus¹³. Mit legitimer Kritik haben solche Dysphemismen der Hassrede nichts gemeinsam. Dennoch wird der israelbezogene Judenhass ebenso massiv gelegnet und umgedeutet als „Meinungs- Kunst- und Wissenschaftsfreiheit“ wie er obsessiv artikuliert wird.

Diese Abwehrkommunikation gehört mittlerweile untrennbar zum Phänomen des aktuellen Antisemitismus. Besonders deutlich ist dies im Kultur- und Campus-Antisemitismus zu sehen: Selbst explizit und unzweifelhaft antisemitische Bilder und Äußerungen werden zur „Debattenkultur“ gezählt, Boykottaufrufe und virulente Störaktionen als „politische Kritik“ legitimiert, Judenhass-Parolen grölende Demonstranten als „pro-palästinensisch“ euphemisiert. Dadurch wird Antisemitismus durch verharmlosende und beschönigende Umschreibungen nicht nur marginalisiert, sondern auch akzeptiert und erhält so wieder Normalität im gesellschaftlichen Leben.



Prof. Dr. Monika Schwarz-Friesel,
Antisemitismusforscherin und Professorin
an der Technischen Universität Berlin

Parlamentsdirektion/Zimmer

13 <https://archive.jpr.org.uk/object-2958>

8. 2. Vom Wahn zur Vernichtung: Die Ideologie des Antisemitismus

Antisemitische Vorwürfe entspringen nicht der Realität. Nicht das Verhalten von Jüdinnen und Juden, sondern allein die Wahrnehmung, das Denken und Fühlen der Antisemit:innen produzieren sie. Antisemitisches Denken dient dabei als welterklärende Ideologie, die nur Gut oder Böse kennt. Nicht nur alles Jüdische wird abgelehnt, auch alles Abgelehnte wird als jüdisch wahrgenommen, jegliche Bedrohung mit Jüdinnen und Juden identifiziert. Im Unterschied zum Rassismus, der Menschen als unterlegen abwertet, wird im Antisemitismus das eigene Herrschaftsstreben auf Jüdinnen und Juden im Vorwurf der „jüdischen Weltverschwörung“ projiziert. Das hat auch mit dem Größenwahn der Antisemit:innen selbst zu tun: „Der Jude“ wird zum projektiven Symbol aller angestrebten, aber verwehrten Dinge – und auch aufgrund des eigenen Scheiterns des Strebens nach Übermacht, Naturbeherrschung und Weltkontrolle gehasst.



DÖW/Shaked

Von **Isolde Vogel**, Antisemitismusforscherin am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Gesellschaftsfähigkeit von Antisemitismus zeigt sich kaum wo deutlicher als in der Abwehr von Schuld. Die Verharmlosung von NS-Verbrechen, Forderungen nach einem „Schlussstrich“ oder die Erzählung vom „Schuldskult“ finden sich quer durch die Gesellschaft. Der Wunsch nach Entlastung zeigt sich gerade in der israelbezogenen Variante – und belegt wie nahtlos Israelhass und Antizionismus an judenfeindliche Traditionen anknüpfen. Nicht

Ob offen gegen jüdisches Leben oder in austauschbaren Paraphrasen gegen „die Zionisten“, „die Globalisten“, „die Systemmedien“ oder Israel – gemeint sind „die Juden“.

nur historische Schuld, sondern auch aktuelle antisemitische Tendenzen werden abgewehrt. Antisemitische Täter zu Opfern erklärt, Opfer von Antisemitismus zu Tätern. Dies dient nicht zuletzt dem eigenen Entlastungswunsch: Antisemitisch sind nur die anderen.

Modernisierte Ausdrucksformen des Judenhasses bedeuten, wie die steigenden Zahlen belegen, keine Reduktion der Verbreitung antisemitischen Denkens. Vom Antikapitalismus und reaktionärer „Globalisierungskritik“ über antiwestliche Haltung und Antiamerikanismus, bis zur antiisraelischen Agenda – viele Strömungen und Phänomene sind gerade nicht auf politische Lager, Bildungsschicht oder eine soziokulturelle Gruppe beschränkt. Der moderne Antisemitismus bietet im Gegenteil ein verbindendes ideologisches Moment und dient als weltanschaulicher Kitt. Ob offen gegen jüdisches Leben oder in austauschbaren Paraphrasen gegen „die Zionisten“, „die Globalisten“, „die Systemmedien“ oder Israel – gemeint sind „die Juden“. Gerade seit dem 7. Oktober 2023 ist eine Enthemmung zu beobachten, Israel und Gaza dienen als Projektionsflächen und ermöglichen salonfähigen schuldabwehrenden Judenhass und politische Allianzen.

Seit jeher haben Antisemit:innen das Gefühl in Notwehr zu handeln, im Widerstand gegen diese im Verborgenen agierende Macht des Bösen. Schon die Nazis setzten diesem imaginierten Bedrohungsszenario den Aufruf „Deutsche! Wehrt euch!“ entgegen. Von ihrem Plan der „Endlösung“ bis zum Wunsch nach der Auslöschung Israels durch den Märtyrertod im islamistischen Terror nach der Logik „Palestine Will Set Us Free“: Der paranoide Wahn des Antisemitismus mündet in letzter Konsequenz in einer Vernichtungs- oder Selbstauslöschung. Der „Kampf gegen Juden“ – oder Israel – ist nicht nur Taktik, sondern droht als Erlösungsfantasie zum „Endziel“ zu werden. Diese Gefahr muss auch in ihren Anfängen ernst genommen werden.



ANTISEMITISMUS MELDEN UND BEKÄMPFEN



WARUM MELDEN?

Nur wenn antisemitische Vorfälle gemeldet und systematisch erfasst werden, können wir gegen Antisemitismus vorgehen. Dafür sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Unmittelbar nach Ihrer Meldung nimmt ein Experte oder eine Expertin der Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien die Bearbeitung auf. Gegebenenfalls werden Sie kontaktiert, um Verständnisfragen zu klären und weiterführende Möglichkeiten zu besprechen, etwa in Bezug auf die Polizei, auf psychosoziale, juristische oder andere Fragen.

Ein Grundprinzip unserer Arbeit ist der Vertrauensschutz:
Sie entscheiden, wie wir mit Ihrer Meldung umgehen.

www.antisemitismus-meldestelle.at

+43 (1) 531 04-777



**antisemitismus
meldestelle**

Bei Gefahr in Verzug rufen Sie
die Polizei unter 133
und die IKG-Sicherheitszentrale unter +43 (1) 369 85 26.

www.antisemitismus-meldestelle.at